

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Mag. Gerald Loacker, Kolleginnen und Kollegen

betreffend Ende der österreichischen Blockadehaltung zum Mercosur-Abkommen

eingebraucht im Zuge der Debatte in der 249. Sitzung des Nationalrats über Volksbegehren "Lieferkettengesetz Volksbegehren" (2428 d.B.) – TOP 4

Lieferkettengesetze, europäische Standards und das laute Schweigen zu Freihandelsabkommen

Im Wirtschaftsausschuss am 23.1.2023 wurde das "**Lieferkettengesetz Volksbegehren**" (2077 d.B.) besprochen. In der Diskussion wurde von Experten wie sämtlichen Parlamentsparteien festgehalten, dass gerade **angesichts des ausgehandelten EU Lieferkettengesetzes nationale Alleingänge nicht sinnvoll** wären. NEOS haben dabei hervorgestrichen, dass die EU durch dieses Gesetz den Unternehmen die Aufgaben der Regierungen aufbürdet. NEOS sprechen sich selbstverständlich für ein verantwortungsvolles Unternehmertum mit hohen Standards aus. Da dieses Vorhaben aber mit großen Belastungen für Unternehmen einhergeht, ist eine möglichst EU-weit einheitliche Umsetzung besonders wichtig, um den Binnenmarkt nicht unnötig zu zersplittern. Dazu muss bei der Prüfung der Verhältnismäßigkeit der von Unternehmen gesetzten Maßnahmen darauf geachtet werden, dass die tatsächlichen Möglichkeiten von Unternehmen realistisch eingeschätzt werden. Ein österreichischer Unternehmer kann nicht für alle seine Zulieferer in der gesamten Kette die Produktionsbedingungen vor Ort kontrollieren. Es wird eine zentrale Aufgabe der Regierung sein, in Zusammenarbeit mit der EU-Kommission möglichst rasch Instrumente zu erarbeiten, wie v.a. KMU die Vorgaben unkompliziert erfüllen können.

Hohe Standards sind vor allem ein überzeugendes Argument für mehr Freihandel, was angesichts der internationalen Entwicklungen dringend nötig ist. Überraschend findet sich im neuen **ÖVP-Programm (Österreichplan) kein einziges Mal das Wort "Freihandel"**. Im Kapitel "Österreich in der Welt" wird nur vage festgehalten, dass "neue strategische Beziehungen forciert werden" müssen, da Partnerschaften für Österreich essentiell seien, "um im internationalen Wettbewerb zu reüssieren". Darunter wird dann - wiederum unter der Vermeidung des Wortes "Freihandel", geschweige denn "Freihandelsabkommen" - folgende Forderung aufgeführt: "Stärkung der transatlantischen Beziehungen und Ausbau von strategischen Partnerschaften mit Schlüsselmärkten und Partnern wie Israel, Südkorea und den VAE".

Weder die international angespannte Situation und die daraus resultierende Notwendigkeit der intensiveren Zusammenarbeit demokratischer Staaten, noch neue EU-Regeln für die Einhaltung von Standards in der Lieferkette scheinen die ÖVP dazu zu bewegen, sich explizit für mehr Freihandel einzusetzen.

Dieser Antrag dient dazu, die Position der Parlamentsparteien angesichts der jüngsten EU-Gesetzgebungsakte sowie der vagen Aussagen im ÖVP-Österreichplan einzuordnen. Der Antragstext zielt auf einen offenen Zugang zum Thema Freihandel ab und fordert lediglich, Verhandlungen zu internationalen Handelsabkommen

konstruktiv zu unterstützen und nicht nicht bereits vor deren Abschluss durch Vetodrohungen zu blockieren.

Hintergrund zum Fall MERCOSUR: Agrar-Populismus auf Kosten der Standortpolitik

Das seit Jahren in Verhandlungen befindliche Handelsabkommen zwischen der Europäischen Union einerseits und der Mercosur Gruppe (Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay) steht in Europa wegen unzureichender Durchsetzbarkeit bei Sozialklauseln und Umweltregeln in der Kritik. Die Europäische Kommission hat daher Nachverhandlungen begonnen, um diese Kritikpunkte zu korrigieren. Österreich hat sich in diesen Nachverhandlungen ins internationale Abseits gestellt, indem es ohne Rücksicht auf das Ergebnis der Verhandlungen eine dogmatische Ablehnungspolitik betreibt, und damit Nachverhandlungen torpediert. Die österreichische Ablehnung basiert auf drei Entschlüssen aus den Jahren 2019 und 2021, also aus einer Zeit, in der die Nachverhandlungen noch nicht begonnen hatten. Die österreichische Bundesregierung (wie auch National- und Bundesrat) sollte sich an neuen, in den Nachverhandlungen modifizierten Bestimmungen orientieren, wenn sie das Mercosur Abkommen evaluiert und nicht an eine, absoluten Veto festhalten.

In Österreich argumentieren die ablehnenden Stimmen mit zwei Themen: (1) Protektionismus zugunsten (eines Teils) der heimischen Landwirtschaft, und (2) Schutz des Regenwalds vor Abholzung durch landwirtschaftliche Interessen in Brasilien.

Punkt 1: Protektionismus

Ein Handelsabkommen mit den Mercosur-Staaten hat für Österreich eine erhebliche wirtschaftliche Bedeutung. Derzeit sind 32.000 Arbeitsplätze in 1.400 österreichischen Unternehmen von diesem Handel abhängig. Bei einem Abschluss des Abkommens wird eine Steigerung der europäischen Exporte um 68% erwartet, wobei Österreich besonders von der Exportsteigerung profitieren könnte, da es in für Mercosur wichtigen Sektoren wie Kfz-Bauteilen stark vertreten ist. Europa könnte als erster Handelsblock von einem Abkommen mit Mercosur profitieren und sogenannte "First Mover"-Vorteile erzielen. Eine Verschiebung der Handelsbeziehungen in Richtung China wäre hingegen sowohl wirtschaftlich als auch hinsichtlich der Einhaltung von Menschenrechten und Klimaschutz nachteilig.

Ein Handelsabkommen kann Märkte öffnen, Arbeitsplätze schaffen und gleichzeitig Umwelt-, Produktions- und Menschenrechtsstandards positiv beeinflussen. Beispiele wie das EU-Korea-Abkommen und CETA zeigen, dass solche Abkommen die österreichischen Exporte signifikant steigern können, ohne soziale oder Umweltkatastrophen zu verursachen. Die österreichische Wirtschaft, insbesondere die Industrie, ist stark exportorientiert und profitiert von derartigen Abkommen. Ein Verzicht auf das Mercosur-Abkommen aus Rücksicht auf einen Teil der Landwirtschaft würde den Wohlstand aller Österreicher:innen gefährden. Produktions-, Sozial- und Qualitätsstandards bleiben in der Hand der jeweiligen Abkommensparteien, und Europa muss keine Produkte akzeptieren, die nicht den eigenen Standards entsprechen.

Punkt 2: Regenwaldschutz und Mercosur

Das EU-Mercosur-Abkommen beinhaltet explizite Verpflichtungen zum Arbeitnehmer- und Umweltschutz sowie zur Umsetzung des Pariser

Klimaabkommens. Brasilien verpflichtet sich, die Treibhausgasemissionen zu reduzieren und die Verbote von Regenwaldrodungen stärker zu überwachen. Das Abkommen kann auch dazu beitragen, die Herkunftskennzeichnung für Rindfleisch zu verbessern und so das Reputationsrisiko auf dem europäischen Markt zu verringern. Die Klimawende in Europa ist ohne strategische Investitionen in Regionen wie Südamerika, die für den Technologiewandel unerlässlich sind, nicht möglich. Die Herausforderungen des Mercosur-Abkommens liegen nicht im Vertragstext, sondern in den fehlenden Sanktionsmechanismen, an denen auf EU-Ebene gearbeitet wird. Eine vorzeitige Ablehnung des Abkommens würde der österreichischen Wirtschaft schaden, ohne Vorteile für Klima, Umwelt oder Sozialstandards zu bringen. Ein gutes Abkommen kann Anreize für Verbesserungen schaffen. Ein doktrinäres Veto Österreichs würde nicht nur ein schlechtes Abkommen verhindern, sondern auch die Chance auf ein besseres.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft, wird aufgefordert, Verhandlungen zu internationalen Handelsabkommen nicht bereits vor deren Abschluss durch Vetodrohungen zu blockieren. Stattdessen möge die Bundesregierung für Österreich akzeptable Resultate präsentieren und zusammen mit den europäischen Partnerstaaten die Verhandlungen unterstützend begleiten, um für alle Parteien töffnende Lösungen zu erarbeiten."


(Werner)


(Wacker)


Hanger


FIEDLER


CHRIST-WORTFINK

